

**FRIDDENS
PLATTFORM**



fsflux@posteo.lu

www.facebook.com/fsflux

Israel-Iran Krieg: Katastrophaler Flächenbrand droht!

Damit Klarheit über jegliche Interpretationsversuche dieser Stellungnahme herrscht:

Wir verurteilen aufs Schärfste die brutalen Machenschaften des korrupten Mullah-Regimes im Iran und unterstützen jene Kräfte, insbesondere die couragierte Frauenbewegung, welche für Freiheit und Demokratie in ihrem Land kämpft.

Wir verwehren uns vehement gegen jegliche Unterstellung von Antisemitismus, wenn wir die rechtsnationale populistische Regierung Israels in ihrem menschenverachtenden Vorgehen in Gaza, im Westjordanland und das Bombardieren im Libanon aufs Heftigste verurteilen.

Seit dem 13. Juni herrscht zwischen Israel und dem Iran offener Krieg. Israel startete die bislang umfangreichste Militäroperation gegen den Iran seit Jahrzehnten. Dies kann zu einem katastrophalen Flächenbrand weit über die Region hinausgehen. Mit allen diplomatischen und politischen Mitteln muss verhindert werden, dass diese brandgefährliche Eskalation, israelische Bombenangriffe auf iranische Atomanlagen, Öl- und Gasfelder, militärische Installationen, zivile Infrastrukturen in Teheran sowie die Vergeltung durch massive iranische Raketenangriffe auf militärische und zivile Ziele in Israel, gestoppt wird.

Zur Beurteilung der Kriegslage gilt für die Friddensplattform die Charta der Vereinten Nationen und in diesem speziellen Fall auch das Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte.

Für uns ist klar, die UN-Charta und internationale Abkommen kann man sich nicht je nach Gefühlslage zurechtbiegen und je nach Gusto interpretieren. Weder beim

russischen Angriffskrieg auf die Ukraine noch beim Vorgehen Israels in Gaza oder im Westjordanland, noch in diesem nun begonnenen Krieges.

Es gilt nach bestehendem Völkerrecht:

- Die Anwendung von Gewalt in internationalen Beziehungen nach Artikel 2 (4) der UN-Charta ist generell verboten, mit Ausnahme des Rechts auf Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs oder nach Ermächtigung des Sicherheitsrates im Falle kollektiver Sicherheitsmaßnahmen.
- Gezielte Angriffe auf Atomanlagen sind nach Artikel 56 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen, denen auch Luxemburg beigetreten ist, verboten.

Israel verstößt mit diesem Angriff auf den Iran nach Analyse namhafter Völkerrechtler gegen den Artikel 2 der UN-Charta und das Völkerrecht. Israel hat zu dieser Vorgehensweise keine Ermächtigung der Vereinten Nationen. Es herrscht das Faustrecht des Stärkeren, fatal für bestehende völkerrechtliche Verträge.

Der Angriff erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem internationale Aufsichtsbehörden, darunter die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), den Iran nicht als ein Land einschätzen, das aktuell Atomwaffen anstrebt, auch wenn jüngste Berichte eine Zunahme des Bestands an angereichertem Uran feststellen. Zudem liefen, wenn auch schwierige, aber dennoch konkrete Verhandlungen für eine neues Atomabkommen zwischen den USA und dem Iran.

Der Angriff auf nukleare Anlagen birgt katastrophale Risiken. Solche Angriffe untergraben internationale Normen und gefährden die Schutzmechanismen, die genau zur Verhinderung nuklearer Katastrophen geschaffen wurden. „Derartige Angriffe haben schwerwiegende Folgen für die nukleare Sicherheit, Sicherung und Überwachung, sowie für den Frieden und die Sicherheit in der Region und auf internationaler Ebene“ so der Generaldirektor der IAEO Rafael Grossi.

Die Friddensplattform unterstützt die Forderungen des „International Peace Bureau“:

- Einen sofortigen Stopp aller offensiven militärischen Operationen.
- Die Wiederaufnahme diplomatischer Gespräche über das iranische Atomprogramm.
- Eine erneuerte internationale Verpflichtung für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten.

- Die dringende Notwendigkeit, dass alle Staaten – einschließlich Israel und Iran – dem Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) beitreten und ihn umsetzen.

Wir appellieren auch an Luxemburg, eine weitere Militarisierung abzulehnen, das Völkerrecht zu wahren und den Weg der Diplomatie zu stärken. Für Abrüstung, menschliche Sicherheit und nachhaltigen Frieden.

(Mitgeteilt 15.6.2025)

